

# Schleichende Übernahme Künstliche Intelligenz und der Wandel der Demokratie

Jeanette Hofmann und Thorsten Thiel

Künstliche Intelligenz (KI) gilt als neue Schlüsseltechnologie, die nicht nur wirtschaftliche Herausforderungen birgt; sie stellt auch Gesellschaften, und hier insbesondere ihre demokratische Ordnung, vor offene Fragen. Wie reagieren Gesellschaften auf einen fundamentalen technologischen Wandel? Wie können sie ihn in ihr bestehendes Gefüge, in ihren Alltag integrieren? Eine Rückschau auf das Uhrwerk, eine frühere Schlüsseltechnologie, gibt mögliche Antworten.

Ähnlich der heutigen KI-Analytik führte auch die Ausbreitung der mechanischen Zeitmessung zu heftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Diese drehten sich um Nutzungsweisen und Kontrolle der neuen Technik. Denn wer über die Uhrzeit verfügte, konnte beispielsweise Taktung und Länge des Arbeitstages bestimmen. Die Periodisierung des Tages stellte also eine neue Machtressource dar, die sich selbst in der Vorstellung davon, was gutes Regieren ausmacht, wiederfindet. Thomas Hobbes' Ideal vom Staat als Uhrwerk wurde zum zeitgenössischen Sinnbild einer reibungslos funktionierenden Maschine. Die Zeitmessung wurde moralisiert, standardisiert und idealisiert, und neue kulturelle Werte wie Pünktlichkeit, Effizienz und Verlässlichkeit haben die Zeitmessung unumkehrbar in das gesellschaftliche Leben integriert. Schlüsseltechnologien, so kann man daraus schließen, müssen aktiv von den jeweiligen Gesellschaften angenommen und in das alltägliche Leben der Menschen eingebaut werden, um ihre langfristigen Koordinationsgewinne, aber auch ihre Disziplinierungswirkungen zu entfalten. Welches diese Wirkungen sind, ist jedoch kontingent und für die jeweiligen Zeitgenoss:innen schwer auszumachen.

Wir nähern uns den gesellschaftlichen Herausforderungen der Künstlichen Intelligenz somit aus einer Perspektive, die sich an langfristigen Linien soziotechnischer Transformation orientiert, und wagen den Versuch, über die Veränderungen zu spekulieren, die die gesellschaftliche Aneignung Künstlicher Intelligenz mit sich bringt. Hierfür schlagen wir einen anderen Weg ein als die gegenwärtige sozialwissenschaftliche Diskussion, die sich vor allem auf die unmittelbaren Effekte und Risiken der Technologie konzentriert. Ähnlich wie bei der allmählichen Integration der mechanischen Zeitmessung in den Alltag aller Menschen gehen wir von einer Normalisierung Künstlicher Intelligenz in der Zukunft aus. Sie vollzieht sich als, durchaus konflikthafte, Ausformung zwischen technischen Möglichkeiten und erwarteten gesellschaftlichen Folgen. Im Folgenden wollen wir den Fokus dabei auf den Bereich gesellschaftlicher Selbstorganisation legen, also auf die gelebte demokratische Praxis.

Die Diskussion um Künstliche Intelligenz hat in den vergangenen zehn Jahren rasant an Dynamik gewonnen. Ausgangspunkt dieser Entwicklung ist ein Paradigmenwechsel innerhalb des Forschungsfelds: Neuronale Netze, sogenanntes Deep Learning, lösen frühere Ansätze im Bereich maschinellen Lernens ab. Das erst dadurch mögliche Ausmaß an maschinellen Lernen erlaubt die umfassende Automatisierung einzelner Aufgaben – insbesondere solcher, die wie bei der Bildanalyse oder der Verarbeitung von Sprachbefehlen auf der Erkennung von komplexen Mustern beruhen. Diese Art des Technologieeinsatzes kann unerwünschte Folgen haben, so die Kritiker:innen. Dazu gehören die Diskriminierung und Fortschreibung oder Verschärfung von sozialen Ungleichheiten, etwa bei automatisierten Entscheidungsverfahren im Arbeitsleben, Sozialstaat oder in der Rechtsprechung.

Neuerdings gewinnt die Frage einer möglichen Gefährdung der Demokratie durch Künstliche Intelligenz an Bedeutung. So besteht die Befürchtung, dass

**Summary:** The spread of AI-based systems poses new challenges for democracy. Currently, the public is discussing the dystopian idea of automated decision-making as a replacement for democratic processes. In contrast, this paper speculates on how democracies might integrate and normalize AI-based procedures in the future and thereby transform themselves. Using two areas as examples, possible lines of development are sketched that suggest a long-term, rather unconscious change of democracies' constitution.

**Kurz gefasst:** Die Ausbreitung KI-basierter Systeme stellt auch die Demokratie vor neue Herausforderungen. Öffentlich diskutiert wird derzeit die dystopische Vorstellung einer Ersetzung des demokratischen durch maschinelles Entscheiden. Im Unterschied dazu spekuliert dieser Beitrag, wie Demokratien KI-gestützte Verfahren künftig integrieren und normalisieren könnten, um sich auf diese Weise selbst zu transformieren. Am Beispiel von zwei Bereichen werden mögliche Entwicklungslinien skizziert, die einen langfristigen, sich eher unbewusst vollziehenden Formwandel von Demokratien nahelegen.



Jeanette Hofmann ist Leiterin der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung und Principal Investigator der Forschungsgruppen „Demokratie und Digitalisierung“ sowie „Quantifizierung und gesellschaftliche Regulierung“ am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft. Als Professorin für Internetpolitik lehrt sie an der Freien Universität Berlin.

*(Foto: David Ausserhofer)*

[jeanette.hofmann@wzb.eu](mailto:jeanette.hofmann@wzb.eu)

durch KI-gestützte Verfahren eine umfassende Beobachtung und Manipulation der Öffentlichkeit möglich wird. Künstliche Intelligenz untergrabe die Grundlagen des öffentlichen Diskurses, da die Selektierung und Hierarchisierung von Informationen zu einer Fragmentierung der Gesellschaft beitrage. Auf lange Sicht schwäche dies die Bedingungen individueller wie kollektiver Autonomie. Eine zweite Kritik richtet sich auf das Machtpotenzial KI-gestützter Technologien. Die heutigen Verfahren maschinellen Lernens seien so datenintensiv und opak, dass die demokratischen Institutionen ins Hintertreffen gerieten. Demokratien verlören die Möglichkeit, große Plattformen zu kontrollieren, während jene wiederum die Fähigkeit gewinnen würden, Gesellschaft tiefgreifend zu steuern.

Obwohl beide Kritikpunkte relevante Gefahren für die Demokratie benennen, unterschätzen sie womöglich die Reichweite der bevorstehenden Transformationsprozesse. Wie die Geschichte der Zeitmessung demonstriert, vollzieht sich technologischer Wandel eben nicht als feindliche Übernahme oder absichtsvolle Unterwanderung gesellschaftlicher Autonomie. Es ist vielmehr die Aussicht auf eine Steigerung gesellschaftlicher Selbstkontrolle und die Verminderung von Unwägbarkeiten, die die gesellschaftliche Akzeptanz neuer Technologien und ihre Integration in den Alltag der Menschen vorantreibt. Wie also werden Demokratien KI-gestützte Verfahren in Zukunft integrieren? Und wie werden sich politische Praktiken dadurch verändern?

Gerade dem digitalen Strukturwandel von Öffentlichkeit wird derzeit viel Aufmerksamkeit geschenkt: Plattformen wie YouTube, Facebook und Twitter machen den klassischen Massenmedien Konkurrenz und schwächen die etablierten Verfahren der politischen Meinungsbildung zugunsten einer neuen Logik der algorithmisch gesteuerten Aufmerksamkeitsökonomie. Die Macht der Plattformen besteht darin, den auf ihnen stattfindenden öffentlichen Diskurs vollständig erfassen, selektieren und sortieren zu können. Diese neue Dimension der Verfügbarkeit über das öffentlich Gesagte macht politische Willensbildung beobachtbar – und damit beeinflussbarer.

Dies hat direkte Auswirkungen auf das etablierte Verständnis demokratischer Selbstbestimmung; deshalb nimmt seit einigen Jahren der Druck zu, Plattformen stärker zu regulieren. Im Namen des öffentlichen Interesses reklamieren Zivilgesellschaft, Politik, aber auch die Wissenschaft Zugangs- und Nutzungsrechte an den Datensätzen der sozialen Netzwerke und erproben Verfahren, die auf gemeinwohlorientierte und transparentere KI-gestützte Sortierungs- und Selektionskriterien zielen. Diese Entwicklung hat das Potenzial, eine partielle Vergesellschaftung jener Quellen zu erreichen, auf denen die Macht der Plattformen gegenwärtig beruht: Daten und Datenanalytik. Plattformen könnten dann nicht mehr alleine darüber bestimmen, wie und für welche Zwecke der öffentliche Diskurs beobachtet und sortiert wird. Die Festlegung KI-basierter Sortierungskriterien würde aufgrund ihrer Folgen für die demokratische Selbstbestimmung öffentliche Debatten entfachen, die paradoxerweise zur Normalisierung dieser Technik beitragen. Die Lesbarkeit der öffentlichen Diskussion würde sich zugleich zu einer breit gestreuten, reflexiven Kompetenz entwickeln, auf die sich demokratische Verfahren institutionell einstellen müssten. So könnte sich etwa der Trend zur Aufwertung der öffentlichen Meinung auf Kosten der Bedeutung von Parlamentswahlen, der in der Demokratieforschung seit längerem diskutiert wird, fortsetzen.

Der zweite Bereich, in dem ein Wandel in unserem Verständnis und der Organisation von Demokratie zu vermuten ist, ist der zeitliche Entscheidungshorizont demokratischen Regierens. Heutige Demokratien sind oft mit dem Vorwurf konfrontiert, dass ihre institutionellen Mechanismen sie daran hinderten, langfristige Entscheidungen zu treffen. Wahlzyklen und Konkurrenzkämpfe prämiieren demnach eine kurzfristige Ausrichtung demokratischer Politik zu sehr, als dass sie strukturelle Herausforderungen wie etwa den Klimawandel angemessen adressieren könnte. Eine größere Akzeptanz KI-gestützter Modelle und prognostischer Verfahren als Entscheidungstechnologie könnte zu einer zunehmenden Kritik an Demokratie als „veralteter Technologie“ führen. Die direkte Integration von Modellen und Simulationen in die Entscheidungsfindung, wie sie derzeit

etwa im Umgang mit der Corona-Pandemie sichtbar ist, droht allerdings, den Unterschied zwischen Statistiken über bekannte Objekte oder Ereignisse und der Vorhersage noch unerforschter Phänomene einzuebnen. Prognosen werden als Beschreibung der Wirklichkeit anerkannt und lassen die vormals unsichere Zukunft in den Bereich des gesellschaftlich Verfügbaren wandern. Damit dehnt sich die Verantwortung der demokratisch legitimierten Entscheider:innen zunehmend auch auf hypothetische Entwicklungen aus, auf den Bereich dessen, was man wissen könnte. Das zunehmende Möglichkeitswissen setzt so Regierungen unter neuen Rechtfertigungs- und Handlungsdruck.

Unsere beiden Annäherungen an das zukünftige Wechselspiel von Demokratie und der gesellschaftlichen Aneignung Künstlicher Intelligenz sind selbstverständlich hoch spekulativ. Die skizzierten Veränderungen im Bereich der öffentlichen Sphäre und in der zeitlichen Reichweite demokratischen Entscheidens hängen von vielen Rahmenbedingungen ab, die wiederum auch andere Entwicklungspfade erlauben. Tatsächlich geht es uns hier aber weder um die Wahrscheinlichkeiten noch um die normative Wünschbarkeit der beschriebenen Entwicklungen. Das Plädoyer lautet vielmehr, dass wir uns in der Beschäftigung mit einer neuen Technologie nicht primär auf momentane technische Unzulänglichkeiten und Machtkonstellationen konzentrieren sollten.

Vermutlich stehen wir erst am Anfang eines langen und wendungsreichen Integrationsprozesses von KI in unseren Alltag und unsere demokratische Praxis. Dabei werden die kurzfristigen Effekte in aller Regel überschätzt, die langfristigen Entwicklungen hingegen unterschätzt, wie der amerikanische Zukunftsforscher Roy Amara generell in Bezug auf Technikentwicklung feststellte. Es sind jedoch genau solche langfristigen Wirkungen, die mehr Aufmerksamkeit erfordern, gerade auch, weil diese sich in ihrer Langsamkeit oftmals unterhalb der Schwelle des gesellschaftlich Wahrnehmbaren und Diskutierbaren vollziehen. Die Möglichkeiten von KI-Verfahren, hochkomplexe und dynamische Prozesse, etwa in Form von Entwicklungsszenarien, zu erfassen, könnten uns bei der Erfassung und Beeinflussung dieses langfristigen Strukturwandels sogar unterstützen. Damit würde sich die politische Selbstbestimmung auch auf solche gesellschaftlichen Entwicklungen ausdehnen, die sich in der Geschichte, wie beim Beispiel des Uhrwerks, oft unbewusst vollzogen haben.

#### **Literatur**

König, Pascal D./Wenzelburger, Georg: „Between Technochauvinism and Human-Centrism. Can Algorithms Improve Decision-Making in Democratic Politics?“ In: *European Political Science*, 2021. DOI: 10.1057/s41304-020-00298-3.

Rieder, Bernhard/Hofmann, Jeanette: „Towards Platform Observability“. In: *Internet Policy Review*, 2020, Jg. 9, H. 4. DOI:10.14763/2020.4.1535.

Thiel, Thorsten: „Öffentlichkeit, digitale. Zum neuen Strukturwandel der öffentlichen Sphäre“. In: *Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Stichworte zur Zeit: Ein Glossar*. Bielefeld: transcript Verlag 2020.



Thorsten Thiel ist Forschungsgruppenleiter „Digitalisierung und Demokratie“ am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung am WZB. (Foto: Martina Sander)

[thorsten.thiel@wzb.eu](mailto:thorsten.thiel@wzb.eu)